

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages. Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 2195, Schriftleitung Nr. 14574. Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs- teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingeladn. 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen. Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabsluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren. Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 70

Freitag, 25. März

1921

Des Karfreitages wegen erscheint die nächste Nummer der Sächsischen Staatszeitung Sonnabend, den 26. März, nachm.

Landtagsabgeordneter Meise nicht Amtshauptmann.

(N.) Die von mehreren Tageszeitungen verbreitete Nachricht, der Landtagsabgeordnete Meise sei zum Amtshauptmann von Hülba ernannt worden, ist nicht zutreffend. Die Nachricht ist vermutlich auf den Umstand zurückzuführen, daß dem Amtshauptmann Dr. Jberg in Hülba auf sein Ansuchen wegen angegriffener Gesundheit ein längerer Urlaub bewilligt worden ist.

Zum Anschlag auf die Siegessäule.

Berlin, 24. März. Nach langen Verhandlungen der am Montag im Hause des Kunstmalers Heinrich Wolff, Reußla, Am Wasser 21 festgenommenen Kommunisten durch die Kriminalkommissare Scherler und Bernburg sind die Verhöre fast sämtlich als Lächer, Helfershelfer bezichtigt worden und zum Teil geständig, den Anschlag auf die Siegessäule geplant oder darum gewußt zu haben. Alle Beteiligten sind eingekerkert. Mitglieder der kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands oder, wie das Ehepaar Wolff, Anhänger der kommunistischen Ideen.

Die Wiederaufbaufrage.

Paris, 24. März. Eine Sitzung des Seinergeheits hatte eine Rundfrage an angesehene Persönlichkeiten des Departements gerichtet, um ihre Ansicht über die Verwendung deutscher Arbeiter zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu erfahren. Die meisten von ihnen haben jede Aussicht abgelehnt. Zwei sozialistische Abgeordnete sprachen sich unter Vorbehalt zugunsten der Verwendung aus. Zwei Generalräte sind gleichfalls für den Plan, sechs dagegen. Von den Kreisräten sind zwei dafür, zehn dagegen. Vier Mitglieder der Handelskammer sprechen sich gegen den Plan aus, ein einziger dafür. Die Bürgermeister lehnen mit einer einzigen Ausnahme den Plan ab.

Briand über die 12 Milliarden Goldmark.

Paris, 23. März. Die vereinigten Arbeitsschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen hielten heute nachmittags eine gemeinsame Sitzung ab, um den Ministerpräsidenten über das Londoner Abkommen und die allgemeine äußere Lage zu hören. Der Ministerpräsident wurde um Äußerungen über die 20 Milliarden Goldmark ersucht, die vor dem 1. Mai zu zahlen und von denen noch 12 Milliarden von den Verbündeten zu erheben seien, und namentlich über die 12 Milliarden Goldmark, die heute fällig sei. Briand antwortete, daß der Berliner Vertrag durchgeführt würde, sobald die Deutschen nicht bezahlen würden, und daß von den Verbündeten alle Maßnahmen getroffen würden, um den § 18, Absatz 2, des Friedensvertrags zur Anwendung zu bringen. Die Antwort lautete weiter, daß der Wortlaut des Vertrags formal sei und daß die Frist für die Bezahlung der deutschen Gebiete erst dann zu laufen beginne, wenn Frankreich Genehmigung erhalten hätte (1). In Beantwortung der Frage, wie die Schuld von 12 Milliarden Goldmark fällig zu machen sei, bemerkte Briand, daß Deutschland auf der Reichsbank einen Goldbestand von 1600 000 000 M. in Gold habe, und daß übrigens die Möglichkeit einer Anleihe gar nicht ins Auge zu fassen sei.

Kommunistisches Komplott in der italienischen Flotte

Rom, 23. März. Die „Epoca“ bringt die Meldung, daß ein Bord des italienischen Schlachtschiffes „Giulio Cesare“ ein kommunistisches Komplott entdeckt worden sei. Das Schiff sollte in die Luft gesprengt werden. 17 Matrosen sind verhaftet worden.

Die Bombenanschläge in Sachsen.

Aufruf!

In seiner heutigen Sitzung nahm das Gesamtministerium in den verbrecherischen Gewaltakten der letzten Tage Stellung. Die Regierung ist überzeugt, daß die Anschläge und Gewaltakte in Sachsen, wie im übrigen Deutschen Reich, Einheitlichkeit und Planmäßigkeit des Vorgehens beweisen. Die gesamte Bevölkerung ist sich einig darüber, daß durch solche verbrecherische Taten Not und Elend nicht beseitigt, sondern verschärft werden.

Die vom Ministerium des Innern bereits am 22. März angeordneten Sicherungsmaßnahmen haben die einmütige Billigung des Gesamtministeriums gefunden. Die weiteren Anordnungen sind gemeinsam so getroffen worden, daß mit den vorhandenen Nachmitteln alles geschehen wird, um weiteren verbrecherischen Anschlägen entgegenzuwirken und Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Bevölkerung wird ersucht, alle not-

wendig werdenden Maßnahmen der Behörden zu unterstützen.

Dresden, den 24. März 1921.

W. v. W., Ministerpräsident.

Die Regierung und die verbrecherischen Gewaltakte.

(N.) Von verschiedenen Seiten ist der Vorwurf erhoben worden, daß von der Sächsischen Regierung nicht genügend Sorge zur Verhütung von verbrecherischen Gewaltakten getroffen worden sei. Wie uns von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei hierzu mitgeteilt wird, hat Minister Lipinski bereits am Dienstag eine Verordnung an alle Polizeibehörden des Landes ergehen lassen, in der diese auf die Möglichkeit unmittelbar bevorstehender verbrecherischer Anschläge hingewiesen und zu umfassenden Gegenmaßnahmen angewiesen worden sind. Der Minister hatte von dem Befehlen derartiger verbrecherischer Pläne Kenntnis erlangt und sofort alle in Betracht kommenden Anordnungen getroffen.

Lloyd George gegen den Sozialismus.

London, 24. März. Lloyd George hielt gestern vor der New Members Coalition Group (einer aus zwölf Parlamentariergruppen bestehenden, von beiden Häusern der Koalition zusammengesetzten Gruppe) eine große innerpolitische Rede, in der er für eine Koalition zur Bekämpfung des Sozialismus eintrat. Lloyd George erklärte, die große Gefahr sei der phänomenale Aufstieg zur Macht einer neuen Partei, mit neuen äußerst umstrittenen Zielen. Diese Partei nenne sich Arbeiterpartei. In Wirklichkeit ist sie eine sozialistische Partei. Der Sozialismus bezwecke die Zerstörung alles dessen, was die großen Propheten und Führer beider Parteien seit Generationen mühsam aufgebaut hätten. Die unabhängigen Liberalen unterstützten diese Revolutionäre. Ihre Artillerie helfe, die Verleumdungsstellungen der bürgerlichen Gesellschaft zu vernichten. Wenn sie Erfolg hätten, so würden die Sozialisten in die Zitadelle eindringen und dort allein herrschen. Lloyd George forderte alle auf, die sich der Gefahr bewußt seien, die Reihen zu schließen, und schloß mit der Erklärung: Alle Maßnahmen müssen getroffen werden, um die ganze Wählererschaft aufzureizen, die zu einem nicht zu entzerrten Zeitpunkt zu entscheiden haben werde, damit, wenn diese Schlüsselstunde eintreffe, das Wohl Englands ruhig ihrer Sorge anvertraut werden könne. Die Rede des Premierministers findet in der Abendpresse die größte Beachtung.

Holz verhaftet?

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Halle, daß der Ränderhauptmann Holz in Lauchburg am Harz verhaftet wurde.

Die Kämpfe in Gisleben.

Gisleben, 24. März. In der Stadt selbst herrschte in der letzten Nacht Ruhe, doch hört man an den Ausgängen der Stadt vielfach lebhaftes Feuer, was mit der Erwartung der Kommunisten erklärt wird, daß weitere Späheraktionen aufkommen werden. Denn die Eisenbahnlinien und der Bahnhof sind von den Kommunisten besetzt, so daß nur der Gasseweg übrig bleibt. Die Sangerhäuser Straße und der Westausgang der Stadt sind von den Kommunisten stark besetzt. Wie das „Gislebener Tageblatt“ meldet, dürfte das Hauptquartier im alten Ottoschacht liegen. Besetzt ist von den Kommunisten auch die Höhe über der Hünenburg. Von dort aus beschließen sie die anliegenden Straßen. Die Schutzpolizei hat sich angesichts ihrer geringen Anzahl in ihre Quartiere, nämlich das Seminar und die Volksschule, zurückgezogen. Die gestrigen Plünderungen wurden vorwiegend von jungen Burken verübt und betrafen auch eine Anzahl Spirituosen- und Tabak-

geschäfte. Nach Tagesanbruch beschließen die Kommunisten wieder lebhafter die Quartiere der Gips-Gisleben, 24. März. Die Lage ist unverändert kritisch. Die letzte Nacht brachte andauernde Gefechte. Schwere Verluste an Toten und Verwundeten sind auf beiden Seiten zu verzeichnen. Die Zahlen stehen noch nicht fest. Der Streit greift weiter um sich und breitet sich auch in der Landwirtschaft aus.

Belagerungszustand in der Provinz Sachsen.

Magdeburg, 24. März. Zwischen 1/2 12 Uhr vormittags ist der Belagerungszustand über die Provinz Sachsen verhängt worden. Er kommt vorläufig in dem Ruhrgebiet zur Anwendung.

Ausstand in Sangerhausen.

Sangerhausen, 24. März. Die Arbeiter der hiesigen Fabriken sind heute morgen in den Streik getreten.

Zunahme der Streikluft.

Halle, 24. März. Im Geiseltale macht sich eine Zunahme der Streikluft bemerkbar. In Naumburg herrscht noch völlige Ruhe. Die Leunawerke stehen still.

Austritt Nicaraguas aus dem Völkerbunde.

Paris, 24. März. Nach einer Havane-Meldung wird aus Nicaragua berichtet, Nicaragua habe Verhandlungen eröffnet, die seinen Austritt aus dem Völkerbunde bezwecken. Die Regierung sei der Ansicht, daß die auf Nicaragua infolge des Beitritts zum Völkerbunde fallenden finanziellen Lasten übertrieben hoch seien. Diese betrügen 4000 Doll. monatlich. Nicaragua schulde augenblicklich dem Völkerbunde 48 000 Doll.

Bombenanschlag in Rom.

Rom, 24. März. Vor dem Dianatheater wurden durch eine Bombenexplosion neun Personen getötet und etwa 100 verwundet. Um für diese Tat Vergeltung zu üben, versuchten Faschisten in das Gebäude des „Avanti“ einzudringen, wurden aber von der Polizei zurückgewiesen. Sie begaben sich darauf nach dem Gebäude des „Avanti“, richteten dort Verwüstungen an und steckten das Gebäude in Brand. Zwei sozialistische Versammlungsorte wurden von ihnen zerstört.

Die griechische Offensive.

London, 24. März. Reuters meldet aus Smyrna den Beginn der erwarteten griechischen Offensive gegen die türkischen Nationalisten.

Oberschlesien ein einheitliches Ganzes!

Daß mit der Abstimmung in Oberschlesien die Frage der Zugehörigkeit der Provinz zu Deutschland oder Polen nicht entschieden sein würde, stand seit den Tagen des Versailler Friedensvertrages fest. Bestimmt doch dieses Dokument, daß die künftige Grenze nicht allein von den Bevölkerungsverhältnissen, sondern auch von wirtschaftlichen und politischen Rücksichten abhängig sein soll. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat, wie wir schon im Vortrags der Mittwochsnachricht ausführten, der Oberste Rat, in dem Frankreich ja nun einmal — leider die ausschlaggebende Stimme hat, weil sich das durch Lloyd George vertretene England gegen größere oder kleinere Gefälligkeiten in politischen Fragen von den Pariser Machthabern noch stets ins Schlepptau nehmen ließ. Es wäre daher durchaus verfehlt, wenn wir uns im Bewußtsein unserer guten Sache zu der Illusion verleiten ließen, daß der Beschluß Oberschlesiens für Deutschland nunmehr endgültig gesichert sei.

Was die Bevölkerungsverhältnisse betrifft, so hat ja die Abstimmung eine unbedingte deutsche Mehrheit ergeben. Auch in wirtschaftlicher Beziehung wird es Deutschland nicht schwer werden, den Nachweis zu erbringen, daß Oberschlesien ein einheitliches und untrennbares Ganzes ist, dessen Bestand, nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern Oberschlesiens selbst, nicht angetastet werden darf. Mit so selbstverständlichen und vernünftiger Politik erspringenden Erwägungen findet sich aber die Politik der Verbündeten nicht ab. Frankreich ist von Anfang an darauf bedacht gewesen, Deutschland zu schwächen und ihm im Osten in Gestalt des wieder aufgerichteten Polen einen starken Nachbar in den Rücken zu stellen. Es war daher vielleicht kein falscher Schachzug der deutschen Regierung, diesen französischen Bestrebungen die wirtschaftlichen Folgen gegenüberzustellen, die für das Wiedergutmachungsproblem aus einer etwaigen Abtrennung Oberschlesiens vom deutschen Reichslörper sich ergeben müßten. War unser Gegenangebot, das wir in London den Verbündeten überreichten, ein Höchstangebot, so war die Voraussetzung, von der es abhängig gemacht war, das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland. Nur für den Fall, daß das Band zwischen dem Reich und dem leistungsfähigen schlesischen Industriegebiet nicht gerissen wird, werden wir in der Lage sein, die Wiedergutmachung zu leisten, unter der selbstverständlichen Annahme, daß uns nicht übertriebene Forderungen gestellt werden. Regierte in Frankreich nicht die gleiche Partei vor der deutschen Revanche, sondern läßt abwägende Vernunft, so würde man das oberhalbige Abstimmungsergebnis weniger als einen deutschen Sieg verabschließen, als vielmehr als einen wirtschaftlichen Sieg Frankreichs feiern. Sagt doch sehr richtig ein amerikanisches Blatt, das Abstimmungsergebnis sei in gleicher Weise oder in noch höherem Grade ein Sieg für Frankreich und die Alliierten, weil die schlesischen Industriezentren wesentlich seien für die deutsche Produktion, aus der die Wiedergutmachung bezahlt werden müsse. Auch die niederländische Presse ist sich darüber einig, daß sich als Folge des etwaigen Verlusts der oberhalbigen Industrie die von deutscher Seite bereits angekündigte Zahlungsunfähigkeit Deutschlands ergeben müßte.

Wie gesagt, über die wirtschaftliche Notwendigkeit, Oberschlesien als ungeteiltes Ganzes bei Deutschland zu belassen, kann nirgends ein Zweifel bestehen, auch nicht bei unseren Feinden. Die Welt würde von einer Teilung Oberschlesiens keinen Nutzen haben, meint ein niederländisches Blatt, die Verteilung Oberschlesiens dürfte nicht in einer Form geschehen, die Europa noch ärmer machte, als es bereits sei. Aber leider, so sagt das Blatt bedeutsam hinzu, werden solche gesunde Gedanken bei den Beratungen über einen Komplex von wichtigen Problemen preisgegeben, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, das vielmehr zur oberhalbigen Frage in keiner direkten Verbindung steht. Damit spricht das Blatt offen aus, was man sich seit langem in den politischen Zirkeln zuflüstert, daß nämlich bestimmte Abmachungen zwischen Paris und London bestehen, wonach England auf jeden Anspruch in der oberhalbigen Frage verzichtet, wenn ihm Frankreich in gewissen englischen